

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln

Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Köln, 23. Januar 2015

Ihr Schreiben vom 18. Dezember 2014 zu der Sendung *Tagesschau* – „Kiew gedenkt der Maidan-Proteste“ vom 21. November 2014

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für ihren Brief vom 18. Dezember 2014, den ich am 23. Dezember 2014 erhalten habe.

Sie argumentieren, der Beitrag von Udo Lielischkies stehe „im scharfen Gegensatz zu einer weithin beachteten Folge der gleichfalls von der ARD ausgestrahlten Sendung *MONITOR* vom 10.04.2014.“ Demnach habe der *Monitor*-Beitrag – anders als Herr Lielischkies in seinem Beitrag – darauf hingewiesen, dass bei der Demonstration am 20. Februar 2014 auf dem Maidan nicht nur auf Oppositionelle, sondern auch auf die Milizen der Regierung geschossen wurde. Zudem seien die Hinterbliebenen der Opfer nicht nur unzufrieden, „weil noch immer kein Verantwortlicher bestraft wurde“ (so der Wortlaut im Beitrag von Udo Lielischkies), sondern auch darüber, dass die Staatsanwaltschaft in Kiew „nicht richtig“ ermittelt habe, wie im *Monitor*-Beitrag dargestellt wurde.

1. Sie bitten, diese Diskrepanz in der Berichterstattung aufzuklären. Dem komme ich gerne nach:

Es gibt, anders als Sie vermuten, keine „inhaltliche Diskrepanz innerhalb der eigenen Berichterstattung.“ In keinem der beiden angeführten Beiträge wurde behauptet, dass ausschließlich Regierungstruppen geschossen haben.

a) Im zitierten *Monitor*-Bericht vom 10. April 2014 ging es darum, die Version der Kiewer Generalstaatsanwaltschaft kritisch zu überprüfen, wonach ausschließlich Mitglieder der Spezialeinheit Berkut auf Befehl des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch für das Blutbad auf dem Kiewer Maidan am 20. Februar 2014 verantwortlich gewesen sein sollen. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob möglicherweise auch Schützen aus dem Hotel Ukraina geschossen haben, das am 20. Februar 2014 von Kräften der Opposition gesichert worden war.

Ebenso heißt es im *Monitor*-Beitrag, wie Sie selbst zitieren: „Fest steht nur, es wurde nicht nur auf Oppositionelle, sondern auch auf die Milizen der Regierung geschossen. Vielleicht sogar von denselben Leuten.“ Anders als Sie suggerieren, behauptet der *Monitor*-Beitrag also keineswegs, dass überwiegend oder in gleichem Maße andere Schützen (also nicht Schützen der Spezialeinheit) für die Schüsse verantwortlich sind.

Udo Lielischkies wiederum textet in seinem Beitrag: „Nachdem die Demonstranten am 20. Februar, einige wenige auch mit scharfen Waffen, das Regierungsviertel zu stürmen versuchten, schossen Spezialeinheiten gezielt auf sie.“ Auch hier wird also nicht die Aussage getroffen, Schüsse seien ausschließlich von Seiten der Regierungseinheiten abgegeben worden.

In beiden Beiträgen wird somit berichtet, dass neben den Regierungstruppen auch von anderer Seite Gewalt ausgeübt wurde. Einen Gegensatz, geschweige denn einen „scharfen Gegensatz“, kann ich daher nicht erkennen.

Die Aussage, dass überwiegend Spezialkräfte der Regierung für die Gewalt auf dem Maidan verantwortlich zeichnen, wird übrigens von anderen Quellen unterstützt.

So etwa in dem wissenschaftliche Aufsatz in der Zeitschrift „Osteuropa“ (Berlin, 64. Jahrgang, Heft 5-6, Mai-Juni 2014) mit dem Titel „Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde.“ Der Autor Gerhard Simon (promovierter Historiker des Geburtsjahrgangs 1937) schildert die letzten Tage der Regierung Janukowitsch folgendermaßen:

„Der Ablauf der Ereignisse in den nächsten Tagen spricht dafür, dass die Janukowyc-Führung am 17. Februar die Entscheidung traf, den Maidan endgültig zu räumen und keine weiteren Gesprächsangebote mehr zu machen. Den Verantwortlichen war klar, dass dies ohne Einsatz von Gewalt unmöglich war. (...) Polizisten hatten sich auf Dächern postiert und schossen von dort auf die Menge. Teile der mit Knüppeln bewaffneten Demonstranten antworten ihrerseits mit Gewalt gegen die Polizei.

(...)Scharfschützen wurden insbesondere in der Instituts'ka vul. (Institutsstraße) und um das Hotel Ukrajina postiert, von wo der Unabhängigkeitsplatz gut einzusehen ist. Sie schossen gezielt auf einzelne Demonstranten und zufällig anwesende kleine Gruppen, ohne dass diese irgendwelche aggressiven Aktionen unternommen hätten. Niemals zuvor war die Polizei in dieser brutalen Weise vorgegangen. Es waren gezielte Todesschüsse...“

Jelena Bondarenko, eine Vertraute des damaligen Präsidenten Janukowitsch, damals Abgeordnete der Janukowitsch-Partei „Partei der Regionen“ und Vize-Chefin der Fraktion, lässt sich am Tag der Schüsse von Spiegel Online (20. Februar 2014) wie folgt zitieren:

„SpOn: ‚Scharfschützen feuern in die Menge. Wieso geht die Staatsmacht so hart vor?‘

Bondarenko: „Ich glaube, das Vorgehen der Sicherheitskräfte ist noch gar nicht hart genug.“

SpOn: „Viele Demonstranten sind durch Kopfschüsse getötet worden. Das finden Sie nicht brutal?“

Bondarenko: „Moment. Wäre früher durchgegriffen worden, die Gewalt wäre nicht überall hingekrochen. Auf dem Maidan stehen inzwischen ja nicht mehr friedliche Demonstranten.“ (...)

b) Auch hinsichtlich der Unzufriedenheit der Angehörigen der Opfer gibt es keine inhaltliche Diskrepanz zwischen den beiden Beiträgen. Herr Lielischkies behauptet nicht, dass Präsident Poroschenko ausschließlich dafür kritisiert wird, dass noch kein Verantwortlicher bestraft wurde. Die Voraussetzung für eine Bestrafung der Verantwortlichen ist allerdings, dass der Sachverhalt korrekt aufgeklärt wird.

Darüber hinaus kann sich ein knapp zweiminütiger Beitrag in der *Tagesschau* natürlich nicht so ausführlich mit einzelnen Fragen beschäftigen wie ein 11minütiger Magazinbeitrag.

2. In Ihrem Schreiben kritisieren Sie weiter, in dem Beitrag werde eine „falsche Aussage – wenn auch nur in der Übersetzung der Rede des US-Vize-Präsidenten Biden – über die Unterzeichner des Minsker Abkommens“ verbreitet. Sie beanstanden die Zusammenfassung der Aussage von Joe Biden durch Udo Lielischkies dahingehend, dass Moskau die Vereinbarungen des Minsker Abkommens nicht umgesetzt habe und den O-Ton Bidens, in dem dieser von einer „unverhohlene(n) Missachtung des Minsker Abkommens, das erst vor Kurzem von Russland unterschrieben wurde“ spricht. Es sei bekannt, dass die OSZE und Russland bei dem Abkommen lediglich als Vermittler fungiert haben. Sie sehen darin den wiederholten Versuch, „Russland als offizielle Kriegspartei im Ukraine Konflikt darzustellen.“ Weiter führen Sie aus: „Die Nutzung des Konjunktivs ist unerheblich, wenn eine Falschaussage unkommentiert übernommen und verbreitet wird.“

Diese Kritik werte ich insoweit als förmliche Programmbeschwerde, mit der Sie eine Verletzung von § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz (Pflicht zur Sorgfalt bei der Nachrichtengebung) rügen. Jedoch komme ich nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, so dass ich Ihrer Programmbeschwerde nicht abhelfe.

Zu den Vorwürfen im Einzelnen:

a) Sie werfen Herrn Udo Lielischkies vor, dass er wiederholt den Versuch unternommen habe, Russland als offizielle Kriegspartei im Ukraine Konflikt darzustellen, obwohl dies nicht zutreffe.

Im vorliegenden Beitrag geht es nicht um eine völkerrechtliche Einordnung Russlands als offizielle Kriegspartei. Herr Lielischkies textet: „Moskau, so kritisierte Biden dann, habe die Vereinbarung des Minsker Abkommens für die Ost-Ukraine nicht umgesetzt“. Unser Korrespondent gibt damit eine Einschätzung des Vizepräsidenten der USA, Joe Biden, wieder. Sie beanstanden offensichtlich, dass Herr Lielischkies nicht im Anschluss an diese Aussage klarstellt, dass Russland nur als Vermittler im Ost-Ukrainekonflikt fungiert.

Es ist jedoch unstrittig, dass Vertreter der Ukraine, Russlands und der OSZE in Minsk bei Gesprächen mit den Separatisten am 5. September 2014 eine Feuerpause für die Ost-Ukraine vereinbart haben. Der russische Botschafter in der Ost-Ukraine, Michail Surabow, hat das Minsker Protokoll mit unterzeichnet. Damit kann man davon ausgehen, dass auch Russland eine Mitverantwortung für die Umsetzung der in der Vereinbarung abgeschlossenen Ziele übernommen hat. Bidens Statement als Politiker ist nicht auf einer völkerrechtlichen Ebene zu bewerten, sondern auf einer politischen. Und als ein solches politisches Statement wird Bidens Sichtweise von Herrn Lielischkies auch wiedergegeben.

b) Des Weiteren sagen Sie, dass die Nutzung des Konjunktivs unerheblich sei, wenn eine „Falschaussage“ unkommentiert übernommen und verbreitet wird. Insoweit kritisieren Sie die Passage: „Moskau, so kritisierte Biden dann, habe die Vereinbarung des Minsker Abkommens für die Ost-Ukraine nicht umgesetzt“, sowie den sich anschließenden O-Ton Bidens „Statt dessen haben wir mehr provokative Aktionen gesehen, mehr unverhohlene Missachtung des Abkommens, das erst vor Kurzem von Russland unterschrieben wurde.“

Da es sich, wie unter 2 a) dargestellt, nicht um eine Falschaussage, sondern um ein politisches Statement zur politischen Verantwortung Russlands handelt, liegt schon im Ausgangspunkt keine Falschaussage von Biden vor. Die Wiedergabe erfolgt in der indirekten Rede mit eindeutigem Verweis auf die Quelle.

Es bleibt Ihnen unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Abs. 2 WDR Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Abs. 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten, ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben.

Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow